

Ohnesorgs Todesschütze

Kurras gesteht IM-Tätigkeit

Von Mechthild Küpper, Berlin



"Was macht das schon, das ändert nichts", sagt Kurras heute zu seiner Stasi-Tätigkeit

24. Mai 2009

Der pensionierte Berliner Kriminalbeamte Karl-Heinz Kurras hat zugegeben, Mitglied der SED gewesen zu sein. "Soll ich mich deswegen etwa schämen?", zitierte ihn die Zeitung "Bild am Sonntag". Auch seine Tätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gab er zu. "Und wenn ich für die Staatssicherheit gearbeitet habe? Was macht das schon, das ändert nichts." Kurras ist 81 Jahre alt. Er erschoss am Abend des 2. Juni 1967 in Berlin den Studenten Benno Ohnesorg.

Angeklagt wurde er seinerzeit wegen fahrlässiger Tötung, er wurde mehrfach freigesprochen, weil ihm trotz des Unbehagens des Gerichts an seiner Darstellung der Vorgänge kein Vorsatz nachgewiesen werden konnte. Nach knapp vier Jahren Suspendierung vom Dienst arbeitete Kurras bis zu seiner Pensionierung als Polizist.

Mit Fleiß und Umsicht für die Stasi

Klaus Schütz, der Nachfolger des Regierenden Bürgermeisters Heinrich Albertz wurde, als dieser im September 1967 mit Hinweis auf die Ereignisse des 2. Juni zurücktrat, forderte in der Zeitung "Welt am Sonntag" dienstrechtliche Maßnahmen: "Ich halte es für einen Skandal, dass jemand wie Kurras offenbar seine Pensionsbezüge ohne eine Dienstaufsichtsbeschwerde weiter bezieht."

Kurras, der nach dem Krieg wegen unerlaubten Waffenbesitzes von den Sowjets über drei Jahre lang im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen gefangen gehalten worden war, wandte sich aus eigenem Antrieb im April 1955 ans ZK der SED mit dem Wunsch, in die DDR überzusiedeln und als Volkspolizist arbeiten zu dürfen. Das wurde ihm nicht gestattet, wohl aber verpflichtete er sich, als IM "Otto Bohl" Material über die West-Berliner Polizei, der er angehörte, an das MfS zu geben. Der Aufgabe hat er sich ausweislich der Akten, die die BIRTHLER-Behörde in Auszügen am Freitag herausgab, mit Fleiß und Umsicht gewidmet.

Gegen Kurras wurde in der vergangenen Woche nach Bekanntwerden seiner SED-MfS-Verstrickungen Strafanzeige wegen Mordes gestellt. Der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Carl-Wolfgang Holzapfel, wies darauf hin, dass Mord nicht verjährt. Der Vorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner, stellte Strafanzeige wegen Spionage. Wegen der neuen Informationen über Kurras muss der Fall Ohnesorg nach Auffassung des früheren Innenministers Schily (SPD) neu bewertet werden, politisch wie juristisch. In der Zeitschrift "Der Spiegel" sagte er: "Wenn die Polizei gewusst hätte, was es mit diesem Herrn auf sich hatte, hätte sie den Fall ganz anders angefasst. Dann wäre Ohnesorgs Tod richtig aufgeklärt worden." Schily gehörte damals zu den Anwälten der Hinterbliebenen von Ohnesorg, die in den Verfahren gegen Kurras als Nebenkläger auftraten. Ein Wiederaufnahmeverfahren hält Schily jedoch für aussichtslos.

Die SED sah Kurras als Verbrecher

Aus den Unterlagen, die von der BIRTHLER-Behörde veröffentlicht wurden, lässt sich ein Motiv für Kurras, der an dem Abend in Zivil eingesetzt war, um die Proteste gegen den Schah von Persien zu begleiten, nicht erkennen. Der Zeithistoriker Helmut Müller-Enbergs, der gemeinsam mit Cornelia Jabs zufällig auf die Kurras-Akten stieß - sie hätten nie gefunden werden können, weil die Personenkarteikarte F16 entfernt wurde -, hat jedoch einen Ansatzpunkt für weitere Recherchen in den Akten gefunden. Es sei zunächst zwar reine Spekulation, doch seiner Ansicht nach durchaus wert, verfolgt zu werden: Im Winter 1966/67 wurde der Fall eines West-Berliner IM des MfS bekannt, der sich dem britischen Nachrichtendienst offenbart hatte. Dieser hatte die Angelegenheit der Staatsschutz-Abteilung der West-Berliner Polizei übergeben, in der Kurras arbeitete. Die offenbar stark verwahrlose und sexuell deviante Familie trug einen ähnlichen Namen wie Ohnesorg. Kurras sah sie als "Verräter" an. In einem anderen Fall von "Verrat" eines geständigen IM hatte er gesagt, er sei bereit, sie zu töten.

Müller-Enbergs weist darauf hin, dass es im SED-Staat nach dem 2. Juni drei Fälle Kurras gab: den West-Berliner Polizisten, den das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" umstandslos als Mörder bezeichnete, das Parteimitglied (seit 1964) und den gut bezahlten IM des MfS (seit 1955). Während das MfS den Schuss auf Ohnesorg noch als "bedauerlichen Unglücksfall" zu werten bereit war, sah die SED Kurras als Verbrecher an. Ein Treffen mit seinem Führungsoffizier 1976 blieb offensichtlich folgenlos. Kurras' Angebot, weiter Interna der West-Berliner Sicherheitspolitik an Ost-Berlin zu verraten, blieb ungenutzt.

„Man braucht die Stasi-Unterlagen-Behörde als Behörde nicht mehr“

Ausschnitte aus der West-Berliner Berichterstattung, eine Zusammenstellung der umfangreichen Materiallieferungen des IM "Otto Bohl" sowie ein im Ton deutlich distanzierter Text über die Persönlichkeit von Kurras zeigen, wie schwer dem MfS im Juni 1967 der Überblick fiel: "Es ist zur Zeit noch schwer zu verstehen, wie dieser GM (geheimer Mitarbeiter, d. Red.) eine solche Handlung, auch wenn im Affekt oder durch Fahrlässigkeit hervorgerufen, begehen konnte, da sie doch ein Verbrechen darstellt." Kurras wird als "sehr verliebt in Waffen" geschildert, von seinem "übermäßigen Hang zu Waffen und Uniform" ist die Rede, von Disziplinlosigkeit: "Er neigte zu einem gewissen Widerspruch." Er habe einem Kind eine Pistole geschenkt und nehme es "regelmäßig mit zu Schießübungen".

Der zufällige Fund der Kurras-Akte hat die Forderung neu belebt, die BIRTHLER-Behörde in das Bundesarchiv zu überführen. Der Bundestag hat jedoch die Entscheidung über die Zukunft der Behörde ausdrücklich dem neuen, im September zu wählenden Bundestag überlassen. Klaus Schroeder vom "Forschungsverbund SED-Staat" der Freien Universität Berlin sagte: "Man braucht die Stasi-Unterlagen-Behörde als Behörde nicht mehr."

Der Zeithistoriker Manfred Wilke, der im Beirat der Behörde sitzt, fordert dagegen, der Bundestag möge der BIRTHLER-Behörde den Auftrag erteilen, systematisch den Einfluss des MfS auf Abgeordnete zu untersuchen. Müller-Enbergs hatte bei einer Stichprobe eine erhebliche Dichte von Informationen und Kontakten zu Mitgliedern des 6. Bundestags festgestellt. Zu einer umfassenden Untersuchung kam es vor zwei Jahren nicht, weil es die Behördenleitung nicht vermochte, auseinanderstrebende Interpretationen der Aktenlage im eigenen Haus produktiv zusammenzuführen. Der Bundestag, der die Beauftragten für die Stasi-Unterlagen wählt und dem sie Bericht erstatten, erteilte einen solchen Auftrag nicht. Die FDP fordert am Sonntag eine rückhaltlose Aufklärung der Stasi-Machenschaften, auch in Bundesministerien und obersten Bundesbehörden.